

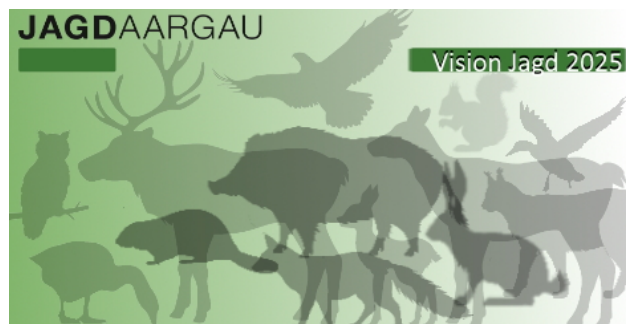
Editorial

Jagd Aargau, wie auch der Regierungsrat und die Jagdverwaltung, hatten gehofft, dass mit dem neuen eidgenössischen Jagdgesetz, das 2020 wegen der Wolfsfrage knapp abgelehnt wurde, die Grundlage für eine Revision des kantonalen Jagdgesetzes gelegt würde. Es hat nicht sollen sein. Der Vorstand von Jagd Aargau ist aber überzeugt, dass unbestrittene Teile der gescheiterten Jagdgesetzrevision – wie Verbesserungen im Wildtierschutz und der Umgang mit geschützten Tieren auf kantonaler Ebene – Eingang in die Gesetzgebung finden sollten. Aus dem Seminar „Vision Jagd 2025“, das über die Jagd hinaus offensichtlich auf Interesse stösst, sollen Erneuerungsvorschläge hervorgehen, die in den anschliessenden Prozess einer möglichen Gesetzesrevision einfließen können.

Rainer Klöti

Zukunftsseminar „Vision Jagd“ brachte wertvolle Inputs

„Ziel ist es, eine breit abgestützte Meinungsbildung zur zukünftigen Jagd im Kanton Aargau zu erhalten“, so Rainer Klöti in seinem Eingangsreferat zum Zukunftsseminar „Vision Jagd 2025“, das am 13. Januar 2022 in Brugg stattgefunden hat. „Die Hektik unserer Zeit lässt es nicht zu, dass wir im grünen Järgergewand auf neue Anweisungen der Politik und Verwaltung warten. Also nehmen wir das Heft selbst in die Hand. Leisten wir einen Beitrag zu Lösungsfindungen, welche die aktuelle und zukünftige jagdliche Tätigkeit im Sinne unserer übergeordneten Strategie – Erhaltung der selbstverantwortlich und nachhaltig ausgeübten Revierjagd im Kanton Aargau – sicherstellen“.



Um Klarheit darüber zu erlangen wohin die Reise geht, werden unter dem Titel „Vision Jagd 2025“ in einem zweistufigen Vorgehen die Grundlagen für einen Massnahmenplan für die nächsten Jahre herauskristallisiert. Als Leitlinie gilt: „Die Jagdgesellschaften nutzen ihre Reviere verantwortungsvoll und tragen für diese eine umfassende Verantwortung. Die Jagdgesellschaften nehmen in ihren Revieren einen öffentlichen Leistungsauftrag wahr. Für die Erfüllung des Leistungsauftrages arbeiten die Jagdgesellschaften zusammen. Die Zusammenarbeit umfasst die Erbringung der Leistung und die Aufsicht. Der Kanton unterstützt die Jagdgesellschaften bedarfsweise und legt den Rahmen für die Zusammenarbeit fest.“

Dass die Zukunft der Jagd bewegt – und das nicht nur Jägerinnen und Jäger – hat das grosse Interesse am Seminar gezeigt. Unter den rund 110 Teilnehmerinnen und Teilnehmern waren neben „waldaffinen“ Organisationen – wie Pro Natura und Birdlife – auch Kynologie, Landwirtschaft, Forstwirtschaft sowie die kantonale Verwaltung prominent vertreten.

Befindlichkeiten abholen

„Der Ablauf des Zukunftsseminar ist der Politik entlehnt“, erläutert Jules Pikali, OekoWatt AG. Er kennt aus dem Energiebereich, insbesondere im kommunalen Zusammenhang, die Lösungsfindung unter unterschiedlichen Anspruchsgruppen. „Heute geht es darum, Befindlichkei-

ten abzuholen und die Innen- sowie die Aussensicht auf die Jagd zu verbinden. Ziel ist nicht bloss die Entwicklung einer Strategie. Das Seminar soll auch Planungsgrundlagen für Entscheidungen liefern. Eine Strategie ist dann gut, wenn sie Fragen beantworten kann, von denen man noch gar nicht weiss, dass sie auf einen zukommen werden.“

In je zwei Runden mit jeweils 15 Teilnehmenden wurden die Themen „Waldbeunruhigung“; „Jagdaufsicht/Wildhut“; „Wildtierschutz“; „Hoheitliche Aufgaben“; „Wirtschaftliche Aspekte“; „Gesellschaftliche Herausforderungen“ sowie „Bildung und Information“ diskutiert. Moderiert wurden die Diskussionen durch Christoph Schmid, Präsident Aargauischer Försterverband (Waldbeunruhigung); René Lippuner, Chef Regionalpolizei Zurbibiet und Präsident Aargauer Regionalpolizeien (Jagdaufsicht/Wildhut); Peter Bieri, Präsident KAVAK (Wildtierschutz); Erhard Huwyler, Ehrenpräsident Jagd Aargau (Hoheitliche Aufgaben); Bernhard Frei, KANUSO-Delegierter Jagd Aargau (Wirtschaftliche Aspekte); Karin Faes, Unternehmerin und Grossrätin (Gesellschaftliche Herausforderungen) sowie Vera Beerli, Rechtsanwältin und Rechtskonsultantin Jagd Aargau (Bildung und Information).



Schwerpunkt: Unruhe im Wald

Handlungsbedarf besteht vor allem bei den Themen „Waldbeunruhigung“ sowie „Jagdaufsicht/Wildhut“. Das jedenfalls kam in den Diskussionsrunden deutlich zum Ausdruck.

Der Lockdown sei „der Vorbote der Zukunft“, wurde zum corona-bedingt steigenden Druck auf den Wald befürchtet. Als Problem wurde vor allem das wilde Biken genannt. Dabei wurde kritisiert, dass bestehende rechtliche Vorgaben nicht durchgesetzt würden und ein eigentlicher Vollzugsnotstand herrsche. Polizei spielen, sei jedoch nicht Aufgabe der Jagd. Die Wünschbarkeit von Wildruhezonen wurde zwar bejaht, aber gleichzeitig gefordert, dass solche Zonen überwacht werden müssten. Dabei kam auch gleich die Befürchtung zum Ausdruck, dass diese Überwachung allenfalls durch den Kanton ausgeübt werden könnte. Zur Forderung nach Lenkungsmaßnahmen gegen den Druck auf den Wald wurde an die politischen Rahmenbedingungen – insbesondere an die im kantonalen Richtplan festgeschriebene Erholungsfunktion des Waldes – erinnert, die nicht einfach ausgeklammert werden könnten. „Wir können uns zwar auf den Kopf stellen“, so ein Votant. „Aber wir müssen die politische Realität zur Kenntnis nehmen. Es sind auch sämtliche Instrumente vorhanden um die Probleme ‘handeln’ zu können.“

Auch beim Thema „Wildtierschutz“ wurde ein „fehlendes Verständnis für den Wald“ geortet. Einzelne Gruppen würden ein alleiniges Recht auf die Nutzung des Waldes für ihre Bedürfnisse in Anspruch nehmen. Weil der Wald vermehrt durch die Öffentlichkeit genutzt werde, sei die Finanzierung des Wildschutzes auch Aufgabe des Kantons. Vertieft betrachtet werden sollte schliesslich die Öffentlichkeitsarbeit – vor allem unter Einbezug der neuen Medien.

Dauerthema Jagdaufsicht

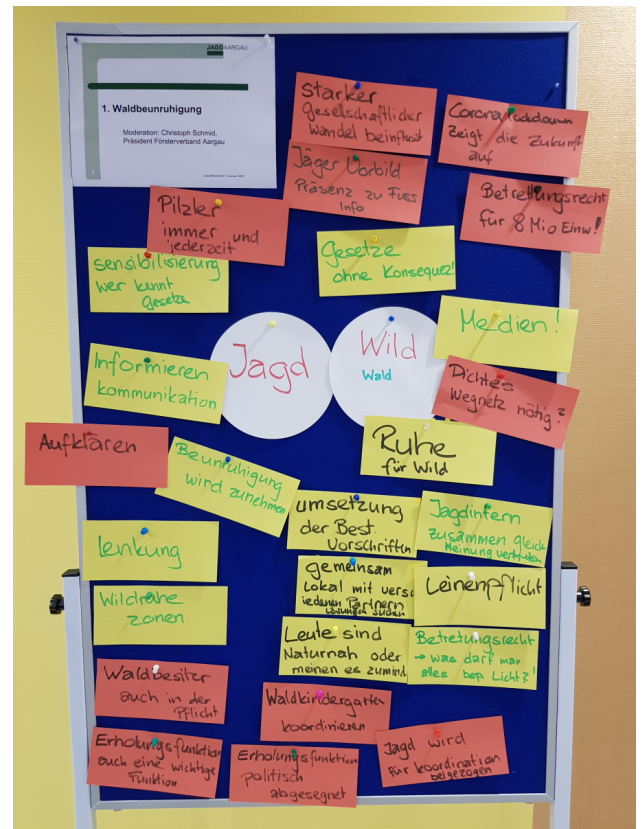
Auch zum Thema „Jagdaufsicht/Wildhut“ wurden viele wichtige – und teils alte – Anliegen aufs Tapet gebracht. Während bei den Forderungen nach Verbesserung des Status‘ der Jagdaufsicht und der Verbesserung der Aus- und Weiterbildung offensichtlich ein Konsens besteht, wurden bei der Aufsicht über die Jagdaufsicht und die Finanzierung der Jagdaufsicht kontroverse Ansichten sichtbar. Unmissverständlich war aber die Forderung: „Die Jagdaufsicht muss im Revier bleiben – kein Patentjagdsystem durch die Hintertüre“.

In der Gruppe „Wirtschaftliche Aspekte“ wurden „Kostenwahrheit bei der Jagdaufsicht“ und „verursachergerechte Entschädigungen – auch für Schweisshundeführer“ – gefordert. Auch wurde auf die Bedeutung der Zusammenarbeit über Reviergrenzen hinweg hingewiesen. Fragen wurden zur Bewertung der Reviere laut. Festgestellt wurde zudem, dass beispielsweise im Zusammenhang mit der Afrikanischen Schweinepest zusätzliche Aufgaben anfallen, deshalb sei die Wildschadenabgeltung zu überdenken.

Wie geht es weiter?

„Die Diskussionen haben gezeigt, dass die Themen richtig gewählt worden sind“, so das Fazit von Jules Pikali am Schluss des Seminars. Die Inputs werden jetzt in einem Synthesepapier aufgenommen. Dieses Papier dient als Grundlage für die Formulierung der Vision, respektive einer Strategie. In einem Ergebniseminar soll dann diese Strategie besprochen werden. „Das Ergebnis soll für die Zukunft aber mehr sein als eine Strategie oder Vision“, betonte Jules Pikali. „Es soll das Selbstverständnis der Personen auf der Jagd zum Ausdruck bringen und damit die Basis für die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rahmenbedingung sowie für Verhandlungen mit Behörden bilden, aber auch als Grundlage für Einzelentscheide dienen.“

Rainer Klöti zeigte sich beeindruckt vom Engagement der Teilnehmerinnen zu Fuss und Teilnehmer am Seminar. „Ich bin überzeugt, dass Grundlagen geschaffen werden können, damit die Jagd ihre wichtigen Aufgaben weiterhin erfüllen kann. Das geht aber nicht ohne Partner.“



Januar 2022

Aargauischer Jagdschutzverein (AJV) Geschäftsstelle:
Erich Schmid, Lägernblick 20, 5300 Turgi.
erich.schmid@ajv.ch www.ajv.ch

Redaktion Louis Probst